

Ein Jahr Rot-Rot-Grün: Wenige greifbare Ergebnisse

Vor gut einem Jahr ist in Berlin die neue Landesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linken an den Start gegangen. Die Bilanz aus Sicht der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) fällt bislang gemischt aus: Die Koalition hat sich einige wichtige Themen vorgenommen – doch bislang liegt kaum etwas Zählbares vor. Dabei ist der Handlungsbedarf groß. Das Wachstum der Stadt verlangt Handeln auf vielen Ebenen.

UVB-Hauptgeschäftsführer **Christian Amsinck** urteilt: „Berlin bleibt unter seinen Möglichkeiten. Der Senat hat zwar erkannt, dass er für die wachsende Stadt dringend mehr planen, bauen und investieren muss. Dazu stellt er auch Geld zur Verfügung. Die Umsetzung vieler Vorhaben läuft aber oft noch zu schleppend. Das Land muss hier schneller und entschlossener handeln. Monat für Monat schaffen die Firmen hier tausende zusätzliche Arbeitsplätze. Das Potenzial der Hauptstadt ist aber noch viel größer. Unternehmen wie Bürger haben einen Anspruch darauf, dass die Stadt funktioniert, dass sie effizient und serviceorientiert handelt. Die Realität in Berlin ist oft noch eine andere.“

Konjunkturell spürt der Senat einen enormen Rückenwind. Die Wirtschaft wächst beständig, 2017 dürfte das Plus bei mehr als zwei Prozent liegen.

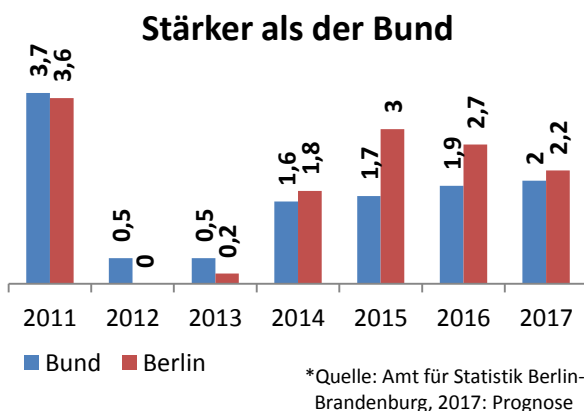


Abbildung 1: Wirtschaftswachstum (in Prozent)

Die Arbeitslosigkeit geht immer weiter zurück, zugleich steigt die Beschäftigung: Aktuell ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Stellen um fast 58.000 höher als noch vor einem Jahr. Seit beinahe sechs Jahren entstehen in der Hauptstadt prozentual

mehr neue Jobs als in jedem anderen Bundesland. Der Aufschwung sorgt gemäß der jüngsten Steuerschätzung für weiter steigende Steuereinnahmen und erweitert den Spielraum des Landes.

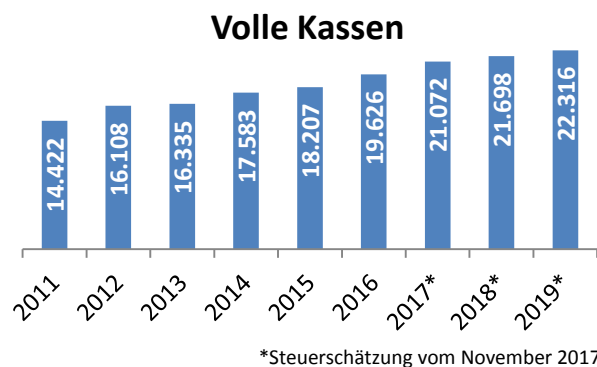


Abbildung 2: Einnahmen Berlins aus Steuern, Länderfinanzausgleich u. Bundesmitteln (in Mrd. €)

Die UVB hat kurz vor der Abgeordnetenhaus-Wahl einen [Empfehlungskatalog für die neue Landesregierung vorgelegt](#). Darin beschreibt der Spitzenverband der regionalen Wirtschaft detailliert, welche Aufgaben die Politik in der aktuellen Wahlperiode kurz-, mittel- und langfristig angehen muss. Im Mittelpunkt steht dabei eine investitionsfreundliche Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung. Es folgt eine kurze Analyse der Entwicklung in den einzelnen Themenfeldern.

Infrastruktur und Verkehr: Es gibt Ansätze für eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs mit dichteren Takten und höheren Kapazitäten auf der Schiene. Rot-Rot-Grün hat auch erkannt, dass angesichts der wachsenden Pendlerzahlen eine intensive Abstimmung und eine gemeinsame Planung zusammen mit dem Land Brandenburg unerlässlich ist. Bei der Straße ist der Nachholbedarf indes noch groß. Wichtig

ist, die Planungskapazitäten der Behörden auf allen Ebenen deutlich zu stärken, damit vorhandene Investitionsmittel auch abfließen können. Zudem sollte der Weiterbau der Autobahn A100 vorbereitet werden, um die Innenstadt von Verkehr zu entlasten. Die Eröffnung des Flughafens BER steht aus. Die Wirtschaft wartet weiter auf einen belastbaren Eröffnungstermin. Zudem muss sichergestellt sein, dass die Kapazitäten des BER schnell erweitert werden, um Engpässe zu vermeiden.

Bau: Berlin braucht dringend zehntausende zusätzliche Wohnungen, um den aktuellen und den erwarteten Einwohneranstieg zu bewältigen. Dafür müssen das entsprechende Bauland ausgewiesen und das Planungsrecht entschlackt werden. Sonst gerät das Ziel, die Entwicklung von Kaufpreisen und Mieten zu dämpfen, außer Reichweite. Der Staat und seine Wohnungsbaugesellschaften alleine werden das Problem nicht lösen können. Deshalb müssen auch private Bauträger mehr Spielraum bekommen und dürfen nicht behindert werden.

Bildung und Wissenschaft: Für die Sanierung der Schulen steht mehr Geld bereit. Es fehlen aber Strukturen, die eine zügige Umsetzung garantieren und verhindern, dass unklare Kompetenzen auf Seiten der Behörden die Projekte bremsen. In nationalen Bildungsvergleichen schneidet Berlin aber nach wie vor schlecht ab. Eine Strategie, wie die Unterrichtsqualität und die Leistung der Schüler verbessert werden können, ist nicht erkennbar. Der Hochschulbereich ist auf einem guten Weg. Die Hochschulverträge sind unter Dach und Fach, und die Finanzausstattung wird besser. Die Einrichtung des Einstein-Zentrums ist ein vielversprechender Schritt.

Digitalisierung und Verwaltung: Der Senat will das IT-Dienstleistungszentrum zur zentralen Digitalagentur machen, damit die Digitalisierung der Verwaltung schneller vorankommt. Die Umsetzung könnte allerdings schneller voranschreiten. Das gilt insbesondere für die EDV-Ausstattung der staatlichen Stellen. Die elektronische Akte erst im Jahr 2021 einzuführen, ist viel zu spät. Ebenso fehlt noch ein ressortübergreifendes Konzept für die Personalentwicklung. Angesichts der zu erwartenden demografischen Entwicklung muss diese Aufgabe dringend angegangen werden.

Standort: Eine Übersicht über rasch verfügbare Gewerbe- und Industrieflächen in Berlin gibt es noch immer nicht. Damit fehlt eine wichtige Grundlage, um neue Betriebe hier anzusiedeln. Der Steuerungs-

kreis Industriepolitik ist wie angekündigt aufgewertet worden. Das ist positiv.

Finanzen: Der Senat hat zuletzt mehr Schulden getilgt, als im Koalitionsvertrag vorgesehen. Im Sinne einer vorausschauenden Finanzpolitik ist das zu begrüßen. Es sollte auch weiterhin bei einem Mix aus Konsolidieren und Investieren bleiben.

Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosigkeit in der Hauptstadt erreicht immer neue Tiefstände. Berlin profitiert überdurchschnittlich von der guten Konjunktur. Offen ist die Frage, wie Langzeitarbeitslose stärker den Weg in Beschäftigung finden können. Die Jugendberufsagentur schöpft ihr Potenzial noch nicht aus. Das liegt auch daran, dass sie noch nicht über die vollständigen Daten der jungen Menschen verfügt, die Förderung benötigen.

Energie: Berlin und Brandenburg müssen eine gemeinsame Strategie entwickeln, wie der in Zukunft weiter zunehmende Energiebedarf der wachsenden Stadt gedeckt werden kann. Bei der Elektromobilität gibt es noch viel Luft nach oben. Die Elektrifizierung der öffentlichen Fuhrparks sollte schneller angegangen werden. Die Ladeinfrastruktur muss parallel dazu weiter ausgebaut werden.

Bei Rückfragen: [Carsten Brönstrup](mailto:Carsten.Brönstrup@uvb.de), Tel. 030-31005-114. Mehr Informationen unter www.uvb-online.de.